

Watanabe, Kou

Working Paper

Optimale Rahmenbedingungen in der wirtschaftspolitischen Beratung: Vier Konzepte als institutionelle Ergänzung

DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 59

Provided in Cooperation with:

Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich Heine University Düsseldorf

Suggested Citation: Watanabe, Kou (2014) : Optimale Rahmenbedingungen in der wirtschaftspolitischen Beratung: Vier Konzepte als institutionelle Ergänzung, DICE Ordnungspolitische Perspektiven, No. 59, ISBN 978-3-86304-659-0, Heinrich Heine University Düsseldorf, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/96922>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Nr 59

Optimale Rahmen-
bedingungen in der
wirtschaftspolitischen
Beratung: Vier Konzepte als
institutionelle Ergänzung

Kou Watanabe

Mai 2014

IMPRESSUM

DICE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Veröffentlicht durch:

düsseldorf university press (dup) im Auftrag der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Universitätsstraße 1,
40225 Düsseldorf, Deutschland
www.dice.hhu.de

Herausgeber:

Prof. Dr. Justus Haucap
Düsseldorfer Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE)
Tel: +49(0) 211-81-15125, E-Mail: haucap@dice.hhu.de

DICE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVEN

Alle Rechte vorbehalten. Düsseldorf 2014

ISSN 2190-992X (online) - ISBN 978-3-86304-659-0

Optimale Rahmenbedingungen in der wirtschaftspolitischen Beratung

Vier Konzepte als institutionelle Ergänzung

Kou Watanabe¹

Mai 2014

Zusammenfassung: Dieser Beitrag thematisiert die aktuelle wirtschaftspolitische Beratungslandschaft in Deutschland und plädiert dafür, dass Ökonomen stärker in die Politikgestaltung institutionell verankert werden. In der aktuellen Situation besteht die Gefahr, dass Lobbyisten im Vergleich zu anderen Akteuren stärker in die Gestaltung einbezogen werden, sodass Gesetze verabschiedet werden, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen besser stellen. Als Gegengewicht bzw. Bewachungsinstanz gegenüber Politik und Interessenvertretungen soll die wissenschaftliche Politikberatung verstärkt in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden. Der Aufsatz analysiert zunächst aus institutionenökonomischer Sicht die gegenwärtige wissenschaftliche Politikberatungslandschaft und stellt anschließend vier mögliche institutionelle Ergänzungen vor, in der Wissenschaftler systematisch in den politischen Gestaltungsprozess miteinbezogen werden.

Schlüsselwörter: Institutionenökonomik – Volkswirtschaft – Deutschland – Lobbyismus

Optimal framework in the economic policy advice - Four concepts as an institutional arrangement

Abstract: This paper discusses the current economic counseling landscape in Germany and argues that economists should become more institutionalized in policy-making. In the current situation is a danger of more involved lobbyists in comparison to other players in such a way as to enable them to let bills pass with are favorable for particular social groups. As a counterweight or monitoring instance towards politics and lobbies scientific policy advice should be increasingly involved in the political process. The paper first analyzed from an institutional economic perspective the current scientific policy advice landscape and then presents four possible institutional arrangements, which systematically anchor scientists in the policy-making process.

Keywords: Institutional Economics – Economics – Germany – Lobbyism

¹ Email: kou.watanabe@uni-duesseldorf.de

Kernaussagen: Der Beitrag plädiert für eine bewusste institutionelle Verankerung von Ökonomen im wirtschaftspolitischen Diskurs. Durch Lobbyismus besteht die Gefahr, dass den Politikern eine interessengeleitete Darstellung gesellschaftlicher Probleme geboten wird. Die Wissenschaftler haben die Aufgabe, durch eine transparente Darstellung das Gegengewicht zum Lobbyismus darzustellen. Wie die Wissenschaftler institutionelle Verstärkung finden können, werden durch vier kurzfristig einführbare Konzepte näher gebracht.

1 Einführung

In den letzten Jahren wurden einige Kritikpunkte gegenüber der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung öffentlich diskutiert. Die prägenden Auseinandersetzungen waren der Ökonomen-Streit in Köln zur Besetzung der frei gewordenen Lehrstühle und die immer noch aktuelle Eurokrise in Europa (Haucap u. Mödl 2013, S. 346). Aus Sicht der Politiker sind die Konzepte der Wissenschaft kompliziert und nicht umsetzbar (Wagner 2006, S. 19); die Forscher fühlen sich von den politischen Entscheidungsträgern nicht verstanden, gar ignoriert (Kirchgässner 2013, S. 199).

Ein grundsätzliches Problem bestehe in der wissenschaftlichen Politikberatung, die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nicht vollständig ihre Aufgaben erfülle bzw. durch systematische Fehler auch nicht erfüllen könne. Anstatt konkrete Handlungsempfehlungen für ökonomische Fragestellungen zu liefern, tendieren viele Forscher zu journal-orientierten Publikationen (Priddat 2006, S. 22).

In den Wirtschaftswissenschaften beobachten wir seit längerem einen Trend zur Standardisierung der Forschung. Unter dem Rubrum „Internationalisierung“ werden nur noch englischsprachige Artikel in den referierten Journalen aufgenommen. Vor allem werden in der Mehrzahl nur noch Artikel in referierten Journals als wissenschaftlich relevant betrachtet; Bücher, die klassische Form professoralen Wirkens, gelten nicht (im Gegensatz übrigens zu den Kultur- und Geisteswissenschaften). Nun sind das Indikatoren, die auf die Berufungen auf Lehrstühle und Forschungsstellen verweisen: Chancen haben vornehmlich Kandidaten mit etlichen Veröffentlichungen in A-Journals; gegebenenfalls wird der Citationsindex nachgesehen, mit der Konsequenz, dass immer jüngere Kollegen in dem Flaschenhals der Begutachtungen stecken, da sich die Zahl der Zeitschriften, trotz höherer Nachfrage, nicht wesentlich vermehrt, und mit der fundamentalen Wirkung, dass sie das Risiko, abweichende Meinungen und Theorien zu vertreten, nicht eingehen, weil ihre Karriere vom eingeschlagenen Investitionspfad abhängt (Priddat 2006, S. 22).

Dieser Beitrag argumentiert grundsätzlich von dem Standpunkt aus, dass die Volkswirtschaftslehre - anders als manch andere Wissenschaften - eine Realwissenschaft ist (Donges 2002, S. 68; Frey 2000 S.26) und deshalb in der

Verantwortung steht, einen Beitrag zur wirtschaftspolitische Fragestellungen zu leisten (Bizer u. Gubaydullina 2009, S. 448).

Des Weiteren plädiert diese Arbeit dafür, dass Wissenschaftler stärker im politischen Diskurs berücksichtigt werden sollen (Zimmermann 2010). Im wirtschaftspolitischen Kontext sollen Ökonomen eine gesonderte Rolle finden und bewusst institutionell in den Gesetzgebungsprozess mit verankert werden.

Der Beitrag wird wie folgt gegliedert: Im zweiten Kapitel wird zunächst eine theoretische Einführung gegeben, aus welcher Motivation heraus für Wissenschaftler eine gesonderte Rolle im politischen Diskurs gerechtfertigt ist. Außerdem wird zur weiteren Analyse eine kurze Einführung in die institutionenökonomische Theorie gegeben und die Funktionen der wirtschaftspolitischen Berater erläutert. Im dritten Kapitel wird darauf folgend die aktuelle Beratungslandschaft in Deutschland skizziert und die konkreten Mängel herausgearbeitet. Im vierten Kapitel werden vier mögliche Konzepte vorgestellt, die die derzeitigen Mängel der Politikberatung beheben können. Anschließend folgt im fünften Kapitel ein Fazit.

2 Theoretische Fundierung zu den optimalen Rahmenbedingungen in der wissenschaftlichen Politikberatung

2.1 Motivation zur verstärkten Einbindung der Wissenschaftler im politischen Diskurs

Grundsätzlich stellt sich die Frage, aus welchem Grund Wissenschaftler ohne demokratische Legitimierung das Recht haben sollen, eine Sonderrolle im Gesetzgebungsprozess einzunehmen. In Deutschland herrscht eine Demokratie, in der allen Bürger die Chance gewährt wird, ihre Meinung in die Gesellschaft einzubringen. Die Machtkonzentration auf bestimmte Minderheiten wird systematisch verhindert und somit technokratische Tendenzen abgelehnt (Senft 2003, S. 15). Hinzu kommt die Problematik, dass unter Wissenschaftlern keine eindeutigen Auffassungen über die Herangehensweise gesellschaftlicher Probleme herrschen. Somit kann die Wissenschaft nicht „die Lösung“ für gesellschaftliche Fragestellungen liefern (Voigt 2002, S. 285). Weshalb sollte dann Volkswirten unter diesen Bedingungen trotzdem eine gesonderte Funktion zukommen?

Weingart und Lentsch (2008, S. 11) sprechen von einem *Markt des Wissens*, an den verschiedenste Akteure im öffentlichen (medialen) Diskurs teilnehmen und im eigenen kommerziellen Interesse agieren. Die Informationen aus dem *Markt des Wissens* werden als Grundlage verwendet, um politische Entscheidungen zu treffen.

Die Produktion wissenschaftlicher Expertise für die Beratung der Politik ist auch nicht mehr auf die Kerninstitutionen der Wissenschaft – Universitäten, Akademien und Forschungsinstitute – beschränkt. Neben ihnen haben sich Think-Tanks, unabhängige Consulting-Institute und Berater sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) etabliert. Sie bringen wissenschaftliche Expertise in den öffentlichen (medialen) Diskurs ein und beeinflussen damit ebenfalls die politische Agenda. Sie bilden inzwischen einen Markt des Wissens und agieren im eigenen kommerziellen und/oder politischen Interesse (Weingart u. Lentsch 2008, S. 11).

Ein ernüchternder Befund hält allerdings fest, dass wissenschaftlich fundierte Vorschläge in den Medien kaum wahrgenommen werden, obwohl an solchen Handlungsempfehlungen kein Mangel herrscht (Cassel u. Thomas 2008). Eine Studie zeigt, dass nur knapp 2% aller Beiträge zu wirtschaftspolitischen Problemen von Wissenschaftler stammen. Der größte Teil stammt von Journalisten und Interessenvertretern (Media Tenor International 2011). Politiker und Bürger haben damit kaum eine Chance durch die Medien wissenschaftlichen Input für eine ausgewogene Meinungsbildung zu generieren. Aus dem Befund wird auch deutlich, dass Interessenvertreter einen beachtlichen Anteil an dem politischen Diskurs besitzen (siehe auch Wilke 1999, S. 241f). Da sich nicht automatisch zu jeder organisierten Interessenvertretung ein Gegeninteresse herausbildet (Olsen 1965, S. 127), besteht die Gefahr, dass ein verzerrtes Bild durch Einflussnahme präsender Interessenvertreter verbreitet wird.

Am *Markt des Wissens* herrscht somit ein Ungleichgewicht zwischen den politischen Akteuren – es herrscht „Marktversagen“. Das institutionelle Arrangement sollte so verändert werden, dass alle relevanten Akteure die Möglichkeit haben, sich im Diskurs einzubringen, um die *Effizienz am Markt des Wissens* zu maximieren. Die Wissenschaft sollte in diesem asymmetrischen System institutionelle Unterstützung finden, um ein Gegengewicht zum Lobbyismus darzustellen. Die wissenschaftliche Politikberatung hat im Vergleich zu den anderen Akteuren den Vorteil, dass sie durch Offenlegung der Wissensbeschaffung und transparenten Darstellung überzeugen kann (Heinze 2009, S. 8) und damit im Vergleich zu den Interessenverbänden objektiver eine Situation darstellt.

Ein aktuelles Beispiel im wirtschaftspolitischen Diskurs mag den Wettbewerb am *Markt des Wissens* veranschaulichen: Zum Thema „Mindestlöhne“ sprechen sich viele Ökonomen gegen eine solche Reform aus. Durch diverse Gutachten scheint diese ökonomische Sicht auch bei den Entscheidungsträgern angekommen zu sein. Allerdings werden am *Markt des Wissens* auch nicht-ökonomische Argumente gewichtet, sodass die Einführung immer wahrscheinlicher wird (Brenke u. Müller 2013, S.3). Problematisiert wird hier ausdrücklich nicht, dass nun der Mindestlohn eingeführt wird, denn ein Gesetzesentwurf kann politisch durchaus sinnvoll sein, obwohl es ökonomisch nicht haltbar ist. Dieses Beispiel zeigt aber die wünschenswerte Situation, dass Ökonomen am Meinungsbildungsprozess berücksichtigt werden und durch den Wettbewerb kontroverser Perspektiven alle Pro und Kontra dargestellt werden. Als Problem werden vielmehr die weniger prominenten Reformvorschläge gesehen, bei denen nicht alle Akteure am *Markt des Wissens* gleichermaßen teilnehmen, mithin die Gefahr der Überpräsenz einzelner Partialinteressengruppen besteht.

2.2 Theoretische Einführung in die institutionenökonomische Analyse

Dieser Abschnitt soll aus institutionenökonomischer Sicht die theoretischen Überlegungen bzw. Kriterien für die optimalen politischen Rahmenbedingungen zeigen. Die theoretische Einführung hat nicht den Anspruch den aktuellen Stand der Forschung abzubilden. Vielmehr soll sie die für die Diskussion benötigten Elemente für die wirtschaftspolitische Beratung festhalten.

Eine Institution ist ein generelles Regelwerk, das Aktionen vorschreiben, erlauben und verbieten kann und verschiedene Anreize für wiederkehrende Interaktionen zwischen

Individuen, Gruppen und Organisationen setzt. Zusätzlich sind diese Regeln mit Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen versehen (North 1992, S. 10).

Diese Definition von Institutionen zeigt zwei Ebenen auf: Die erste Ebene befasst sich mit der Frage, wie optimale, wohlfahrtsfördernde Regeln im institutionellen Rahmen für die Akteure gestaltet werden können. Die Regeln müssen so gestaltet werden, dass die opportunistischen Akteure wohlfahrtsfördernd handeln. Durch die Berücksichtigung der Anreizkompatibilität kann nicht die erstbeste Lösung erreicht werden; diese entstehenden Kosten sind notwendige Transaktionskosten der Demokratie (North 1992, S.10). Der Nobelpreisträger Buchanan macht mit dem Titel seiner Arbeit diese institutionenökonomische Sicht auf das politische Geschehen deutlich: „How can constitution be designed so that politicians who seek to serve ‚public interest‘ can survive and prosper?“ (Buchanan 1993, S. 1).

Da alleine das formale Regelwerk nicht die Einhaltung der Regeln garantieren, schließt sich unmittelbar die zweite Ebene an: Diese konzentriert sich auf die Kontrolle bzw. Überwachung der Akteure, sodass das opportunistische Verhalten einzelner Spieler zurückbleibt (Williamson 1990, S. 70ff).

Nach Thomas (2009, S.77) sind im Wesentlichen fünf Akteure im politischen Entscheidungsprozess involviert, die sich gegenseitig beeinflussen: Politiker/ Partei, Wähler/ Öffentlichkeit, Bürokratie, Interessenverbände und die Wissenschaft. Handelt ein Akteur in diesem politischen System entstehen Kosten. Diese sogenannten Transaktionskosten werden im Gegensatz zur Neoklassik in der Institutionenökonomik berücksichtigt. Die Ursache einer Institution wird also damit begründet, dass durch sie ein effizienter politischer Prozess gewährleistet werden kann (Oppper 2001, S.603).

In dem Prinzipal-Agent-Problem wird angenommen, dass der Auftraggeber (Prinzipal) nicht selbst die erwünschte Leistung erbringen kann und seine Entscheidungsbefugnis an den Auftragnehmer (Agent) delegiert. Da der Prinzipal nicht das komplette Verhalten des Agenten beaufsichtigen kann, besteht die Gefahr, dass dieser durch opportunistische Absichten nicht die vereinbarten Ziele des Prinzipals erfüllt. In der Politik besteht zwischen Wählern und Politikern ein klassisches Prinzipal-Agent-Problem. Die institutionelle Rahmenbedingung muss die Anreizkompatibilität der Akteure berücksichtigen und mit geschickten Instrumenten das Verhalten des Agenten zu Gunsten des Prinzipals steuert.

2.3 Funktionen der wirtschaftspolitischen Beratung

Im folgenden Abschnitt werden die konkreten Funktionen erläutert, die durch die politikberatenden Ökonomen in diesem politischen System bearbeitet werden. Papenfuß und Thomas (2007, S. 339) unterscheiden in ihrer Analyse zwischen fünf möglichen Funktionen, die die wirtschaftspolitische Beratung ausführen kann: die operative, Filter-, Konzeptions-, Aufklärungs- und Legitimationsfunktion.

In der operativen Funktion sind die Adressaten des Beraters grundsätzlich die Politiker bzw. Ministerien, wobei sie diese im politischen Umsetzungsprozess unterstützen sollen (Theurl 2004, S. 15). Durch konkrete Handlungsvorschläge sollen die Politikberater den Entscheidungsträgern dabei helfen, ihre Ziele zu erreichen (Kirchgässner 1988, S.46).

In der Filterfunktion hat der Politikberater die Aufgabe, frühzeitig irrelevante bzw. nicht zielführende Maßnahmen aus dem Entscheidungsprozess auszusortieren. Anders als bei der operativen Funktion besteht also die Leistung des Beraters darin, die Fülle von Informationen aus dem *Markt des Wissens* auf die relevanten Aspekte zu reduzieren (Wiegard 2005, S.5; Schultze 1996, S. 31).

Um diese beiden Funktionen sinnvoll zu erfüllen, ist ein starker tagespolitischer Bezug des Beraters unerlässlich. Außerdem muss er sich mit den spezifischen Zielen des Politikers identifizieren können und ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufbauen, um reibungslos seine Beratungstätigkeiten auszuüben (Jeske u. Papenfuß 2005, S. 131f). Der Berater hat nicht den Anspruch politische Entscheidungen selbst zu treffen. Viel mehr besteht seine Aufgabe darin, aus der wissenschaftlichen Sicht stets objektiv an die gesellschaftliche Problemstellung heranzugehen, um den interessengeleiteten Einflüssen *am Markt des Wissens* entgegen zu wirken.

Das Ziel der Konzeptionsfunktion ist es, aus langfristiger Perspektive einen Gesamtentwurf von politischen Instrumenten darzulegen. Dabei sollen Wirkungszusammenhänge und langfristige Folgen dieser Handlungsempfehlung untersucht werden. Adressat kann hierbei sowohl die Politik als auch die Öffentlichkeit sein (Jeske u. Papenfuß 2005, S. 127).

Mit der Aufklärungsfunktion sollen die Wissenschaftler die Öffentlichkeit über die ökonomische Bedeutung der diskutierten oder bereits verabschiedeten Maßnahmen informieren (Kirchgässner 1996, S. 10). Nach Habermas (1964, S.69) fungiert der Berater in dieser Rolle als „Dolmetscher“ zwischen Politik und Wähler. Über den indirekten Weg der Öffentlichkeit kann der politische Entscheidungsprozess überwacht werden, da Politiker aus ihrer Natur heraus wieder gewählt werden wollen und auf die Wählerstimmen angewiesen sind.

Um die Konzeptions- und Aufklärungsfunktionen erfüllen zu können, ist eine ausreichende Distanz und Unabhängigkeit zum politischen Geschehen notwendig (Donges 2002, S.47). Weiterhin sollte diese Institution über ein geringes Eigeninteresse verfügen, um ein faires Urteil fällen zu können (Gutowski 1983, S.20). Zudem ist eine gewisse Reputation in der Gesellschaft wichtig, um glaubwürdig die erforschten Erkenntnisse mitteilen zu können. Da insbesondere bei der Aufklärungsfunktion die Öffentlichkeit informiert wird, müssen die Ergebnisse für die Bevölkerung verständlich und verfügbar sein (Pitlik 2001, S. 69f). Anders als bei den vorherigen zwei Funktionen, bei der direkt die Politiker beraten worden sind, beteiligen sich bei der Konzeptions- und Aufklärungsfunktion die wissenschaftlichen Akteure selbst aktiv *am Markt des Wissens* und konkurrieren mit den Lobbyisten. In diesem Kontext stehen einerseits die Medien in der Pflicht auch wissenschaftliche Beiträge aufzugreifen, auf der anderen Seite müssen die Ökonomen für eine leicht verdauliche und interessante Darstellung sorgen (Cassel u. Thomas 2008).

Die Legitimationsfunktion ist ein real existierender Missbrauch der Wissenschaft durch Politik oder Interessengruppen und nimmt aus diesem Grund eine gesonderte Stellung in den Funktionen ein. Sie stellt die unerwünschte Situation dar, dass wissenschaftliche Leistungen beauftragt werden, um ein bereits feststehendes Ergebnis zu fundieren. Hiermit wird die Wissenschaft für politische Ziele instrumentalisiert (Kirchgässner 2013, S. 202; Priddat 2003, S. 43). Als politisch unabhängige Instanz darf die

Legitimation politischer Handlungen nicht zum Aufgabengebiet der Wissenschaft gehören (Papenfuß u. Thomas 2007, S. 342).

Betrachtet man nun die fünf Funktionen der Politikberatung und die genannten Voraussetzungen für eine funktionierende Instanz, so ist es unmöglich (oder nicht zweckmäßig), dass diese Aufgaben der wirtschaftspolitischen Beratung gleichzeitig von nur einem Gremium durchgeführt werden. Sinnvoller werden zwei unterschiedliche Arten von Institutionen benötigt, die getrennt die Funktionsblöcke behandeln (Papenfuß u. Thomas 2007, S. 353f).

Es ist offensichtlich, dass die Funktionen sehr unterschiedlich restriktiv wirkende Erfolgsbedingungen aufweisen. Bestimmte Funktionen können durchaus parallel von ein und derselben Beratungsinstitution wahrgenommen werden – bei anderen ist dies hingegen nur unter Inkaufnahme großer Defizite in Bezug auf die Erfüllung der jeweils anderen Beratungsfunktion möglich (Papenfuß u. Thomas 2007, S. 345).

Rürup (2010, S. 3) unterscheidet zwischen den Begriffen Policy und Politics: während Policy die inhaltlichen Aspekte behandelt und theoriegeleitet Konzepte zur Problemlösung erarbeitet, fokussiert sich Politics auf die Umsetzung der Maßnahmen im politischen Prozess, in der eine Mehrheit unerlässlich ist. Cassel (2004, S. 77ff) verwendet im ähnlichen Kontext die Bezeichnung Politikberater und Politikerberater. Sie macht auf die unterschiedlichen Adressaten (Politikerberatung - Politik und Politikberatung - Öffentlichkeit) aufmerksam. Subsummiert können die konzeptionellen und aufklärenden Aufgaben zu Policy und die operative und die Filterfunktion zu Politics zugeordnet werden (Papenfuß u. Thomas 2007, S. 344f).

3 Erläuterung der aktuellen wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland

In Deutschland existiert eine Fülle von wirtschaftspolitischen Institutionen. Das wohl bekannteste Beratungsgremium ist der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR). Außerdem sind Forschungsinstitute, wissenschaftliche Beiräte in Ministerien, akademische Think Tanks und Ad-hoc gebildete oder dauerhafte Kommissionen zu nennen. Alleine im Bereich der Beschäftigungspolitik sind öffentliche und privat finanzierte Forschungsinstitute, sowie mehrere Lehrstühle an Universitäten aktiv. Diese Kapazität ist auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich (Eichhorst u. Wintermann 2006, S.229).

Die Besonderheit der Institutionen in Deutschland liegt darin, dass sie eine beispielelose Unabhängigkeit von der Politik besitzen. Eine weitere Stärke ist die Tatsache, dass die Akteure der wissenschaftlichen Politikberatung recht transparent sind. Es herrscht ein gesunder Anbieterwettbewerb, der die Beratungsqualität erhöht (Zimmermann 2008, S. 106). Allerdings sind auch gravierende Mängel in der deutschen Politikberatung zu erkennen:

Aus institutionenökonomischer Sicht ist es wichtig, dass eine kontrollierende Instanz vorhanden ist, die die politischen Akteure in Bezug auf die Einhaltung der Regeln überwacht. Zwar gibt es eine Reihe von Forschungsinstituten, die Begutachtungen schreiben. Jedoch fehlt eine überwachende Instanz in Deutschland, die durchgeführte

Reformen empirisch ausgewertet, sodass die amtierende Regierung bei schlechter Reformleistung von der Öffentlichkeit abgewählt wird (Frambach 2010, S. 654).

Viele wirtschaftspolitische Berater bemängeln auch, dass die prozessorientierte Politikerberatung in Deutschland fehlt. Während die Konzeptions- und Aufklärungsaufgaben durch verschiedene Akteure bearbeitet werden, werden die operative und Filterfunktion derzeit nicht durch wissenschaftliche Gremien betreut (Rürup 2010, S. 5). Hierin ist ein weiterer Mangel der aktuellen wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland zu sehen.

Politiker klagen hingegen, dass die Ökonomen keine eindeutige Handlungsempfehlung abgeben. Die Vorschläge sind unverständlich und nicht sofort umsetzbar (Otremba u. Diekmann 2009, S. 442). Aus dieser Kritik wird das Kommunikationsproblem zwischen Wissenschaft und Politik deutlich. Allerdings sind aus wissenschaftlicher Sicht eindeutige Empfehlungen ex-ante problematisch, da die wirtschaftliche Situation durch verschiedene Indikatoren beeinflusst werden kann; viele Ökonomen können aus diesem Grund bestenfalls mehrere Szenarien darstellen (Krupp 2004, S. 87).

Politiker fordern außerdem eine kurzfristige Beratung, da Ökonomen innerhalb eines adäquaten Zeitraums keine Empfehlungen aussprechen können (Wagner 2006, S.19). Eine solche schnelle Lösung ohne wissenschaftliche Fundiertheit ist und sollte auch nicht Aufgabe der Wissenschaft sein (Falk et al 2010, S. 123f). In der aktuellen Situation wird allerdings dieser Bereich ausschließlich von kommerziellen Politikberatern abgedeckt. Ist das wirklich eine wünschenswerte Situation?

Zum Thema der Verwissenschaftlichung und Modellhaftigkeit der Volkswirtschaftslehre teilen sich die Meinungen der Ökonomen: Einerseits heben Krupp (2004, S.84) oder Bizar und Gubaydullina (2009, S. 448) die Verantwortung der Volkswirtschaftslehre als Realwissenschaft hervor und bemängeln, dass immer weniger an politisch relevanten Themen geforscht wird.

Das Fach Volkswirtschaftslehre muss sich vor allem an dem Beitrag messen, den es zur Wirtschaftspolitik leistet. [...] Wir plädieren dafür, dass sich die Volkswirtschaftslehre diesen Fragen stellt, ohne sich von theoretischen Überlegungen, modellhaften Betrachtungen, ökonometrischen Tests, experimenteller Forschung oder auch der methodologischen Reflexion zu verabschieden. Aber die theoretische Formalisierung, die differenzierte Testmethodologie oder die experimentelle Forschung reichen jeweils für sich genommen nicht aus, das Fach als Ganzes zu rechtfertigen: Fragen sind aber nach den instrumentellen Optionen und ihren Folgen zu stellen (Bizar u. Gubaydullina 2009, S. 448).

Auf der anderen Seite vertreten Ökonomen wie Lucke (2006, S.10) oder Fuest (2006, S.14), dass Forschung neue Erkenntnisse bringt. Spitzenforscher können mit ökonometrischen Modellen präzise und methodisch fundiert die Politikberater unterstützen. Synergieeffekte sind durchaus denkbar und auch wünschenswert, sodass zum Beispiel die Forschung neuer mathematischer Modelle keineswegs realitätsfremd ist.

Die moderne Volkswirtschaftslehre behandelt ordnungspolitische Probleme, indem sie sie mit modernen Methoden der theoretischen und empirischen

Wirtschaftsforschung analysiert. Insgesamt kann von einer Abkehr der Volkswirtschaftslehre von der Ordnungspolitik nicht die Rede sein. Eher von ungebrochenem Interesse an der Analyse wirtschaftspolitischer Themen, aber auf der Basis neuer und aktueller theoretischer und empirischer Methoden und in Begriffen, die in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion verstanden werden (Fuest 2006, S. 14).

Zwar kommen Haucap und Mödl (2013, S. 367ff) zum Ergebnis, dass zwischen Spitzenforschern und Politikberatern ein substitutives Verhältnis besteht. Es gibt nur wenige Ausnahmen, die sich sowohl in der Forschung als auch in der Beratung aktiv beteiligen. Jedoch sind Synergieeffekte durchaus denkbar: Rürup ist zum Beispiel kein forschungsintensiver Ökonom. Allerdings ist er durch seine wissenschaftlich fundierten Kenntnisse eine Persönlichkeit, die Forschungsergebnisse aufnimmt und an die Politik weitergeben kann. Durch solche „Übersetzer“, die neue ökonomische Erkenntnisse in die Politik transportieren, sind Synergieeffekte möglich (Wagner 2009, S. 445).

Festgehalten werden in diesem Kapitel somit folgende Verbesserungspunkte der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland: a) die fehlende institutionelle Überwachung bzw. Kontrolle der politischen Akteure, b) die Erfüllung der operativen und Filterfunktion durch wissenschaftliche Politikberater, c) das Kommunikationsproblem zwischen Politik und Wissenschaft, d) eine kurzfristige Beratung durch Wissenschaftler, e) eine konkretere ex-ante Beratung und f) die Entwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und mögliche Synergieeffekte zwischen Spitzenforschern und Politikberatern.

4 Konzepte institutioneller Ergänzungen

Nun werden vier verschiedene Konzepte vorgestellt, die die aktuelle Politikberatung institutionell ergänzen und die vorhandenen Mängel behandeln. Dabei wird zunächst das Konzept vorgestellt und anschließend kritisch beleuchtet.

4.1 Internes Beratungsgremium nach dem Council of Economic Advisors

Als Erstes wird eine interne Beratung nach dem amerikanischen „Council of Economic Advisors“ (CEA) vorgeschlagen. Wie bereits im dritten Kapitel erwähnt wurde, gibt es im deutschen System bislang noch keine interne wissenschaftliche Politikberatung (Rürup 2010, S. 5). Um die operative und Filterfunktion ausreichend zu decken, fordern bereits viele Wissenschaftler ein Gremium nach dem CEA-Modell (Wintermann 2004, S. 61).

CEA ist anders als der SVR nicht unabhängig. Die Mitglieder des CEA werden als hauptamtliches Regierungsorgan in den USA direkt vom Präsidenten ausgewählt und sind auch nur während dessen Amtszeit in dieser Rolle tätig. Sie unterstützen den Präsidenten in tagespolitischen Themen und geben konkrete Handlungsempfehlungen ab (Krupp 1989, S. 421; Rürup 2010, S.9).

Um reibungslos die operative und Filterfunktion erfüllen zu können, sollte der wirtschaftspolitische Berater neben dem starken tagespolitischen Bezug sich auch mit

den Zielen des Entscheidungsträgers identifizieren können. Ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis ist daher unerlässlich (Papenuß u. Thomas 2007, S. 340).

Als wesentliches Merkmal muss der Politikerberater in dieser Funktion die Realisierbarkeit eines Reformvorhabens beachten. Ein Gesetzesentwurf ist oftmals nicht pareto-optimal und stellen somit einige Gruppen schlechter (Wagner 2009, S. 445). Für die Implementierung ist eine politische Mehrheit notwendig; bei Widerständen muss möglicherweise das Reformmodell in Teilprojekte aufgeteilt werden. Der Ökonom steht also vor der anspruchsvollen Aufgabe kompromissfähig zu sein und im gesamten politischen Entscheidungsprozess die politische Mehrheit mit zu berücksichtigen, ohne den wissenschaftlich optimalen Zustand aus den Augen zu verlieren (Falk et al 2010, S.124; Rürup 2010, S. 3). Diese wissenschaftlichen Kenntnisse sind auch die zentralen Vorteile gegenüber den kommerziellen Anbietern. Denn der Politikerberater ist mit seiner Expertise in der Lage, aktuelle Forschungsergebnisse in den politischen Entscheidungsprozess miteinfließen zu lassen (Wagner 2009, S. 445).

[Wissenschaftliche Politikberater müssen] in der Lage sein, zusammen mit dem verantwortlichen Minister ein Reformkonzept situationspezifisch zu „portionieren“, d.h. „große Lösungen“ um den Preis der Mehrheitsfindung in sinnvolle Teilprojekte aufzuspalten – dies allerdings nach Möglichkeit, ohne dabei den Fixstern der als optimal angesehenen Lösung aus den Augen zu verlieren (Rürup 2010, S. 3).

Das System ist nur dann komplett, wenn parallel zur internen Politikberatung auch weiterhin die externen Institutionen aktiv die Politik beraten (Zimmermann 2008, S. 106). Die Aufklärungs- und Konzeptionsfunktion können nur von der vielfältigen Beratungslandschaft in Deutschland behandelt werden, die die notwendige Distanz und Unabhängigkeit zur Politik besitzen (Donges 2002, S. 47). Des Weiteren müssen die externen Politikberater auf die Legitimationsfunktion durch das CEA achten. Die ökonomische Gemeinde hat die wichtige Aufgabe, das CEA ständig zu beobachten und die Öffentlichkeit bei wohlfahrtsschädigenden Reformen aufzuklären (Wagner 2006, S. 20).

4.2 Ex-Post Evaluation von Reformen

Aus institutionenökonomischer Sicht wird neben der Formulierung von optimalen Regeln die Überwachung der Akteure in Bezug auf die Einhaltung dieser Regeln gefordert. Deshalb wird als nächstes die ex-post Evaluation von Reformen beleuchtet. Dabei geht es um eine Bewertung der bereits getätigten Reformen mittels wissenschaftlicher Wirkungsforschung (Zimmermann 2008, S. 107). Die Ergebnisse solcher Evaluationen können ein entscheidender Beitrag am *Markt des Wissens* werden.

Die Idee der Evaluation ist es, durch eine ex-post Kontrolle die ex-ante Entscheidung der Politik positiv zu beeinflussen. Das Konzept wurde bereits in der Hartz-Evaluation praktisch durchgeführt; vorgeschlagen wird hier eine gesetzliche Verankerung solcher Evaluationen. Anhand der Hartz-Reform werden die Besonderheiten der ex-post Evaluation dargestellt:

Im Vergleich zu anderen Forschungsaufträgen besteht die Besonderheit der Hartz-Reform zum einen darin, dass der Auftraggeber die Bundesregierung ist. Zum anderen

ist nicht nur eine wissenschaftliche Beurteilung der Reform, sondern auch eine konkrete Handlungsempfehlung an den Gesetzgeber vorgesehen (Heyer 2006, S. 468).

Es ist von elementarer Bedeutung, dass die Ergebnisse vor der nächsten Wahl präsentiert werden. Nur so kann die amtierende Regierung für ihre schlechte Leistung sanktioniert werden (Heyer 2006 S. 470; Williamson 1990, S. 70ff). Die größte Schwierigkeit bei der Evaluation besteht darin, dass die Ergebnisse relativ kurzfristig geliefert werden müssen, ohne dabei an Qualität und Robustheit einzubüßen (Lutz 2006, S. 377f). Bei der Hartz-Evaluation wurde deshalb zunächst durch das Bundesarbeitsministerium ein Grobkonzept ausgearbeitet, dieses in fünf Teilprojekte aufgeteilt und anschließend an Forschungsinstitute weiter vergeben. Um die Qualität der Untersuchung zu sichern, wurde der Zugang zu den Primärdaten genehmigt (Heyer 2006, S. 472f). Dank der vielen Forschungsinstitute und Think Tanks in Deutschland sind ausreichende Kapazitäten für eine bundesweite Evaluation vorhanden. (Rürup 2010, S. 5). Die große Hoffnung besteht darin, dass durch die Evaluation Synergieeffekte zwischen Spitzenforschung und Politikberatung entstehen, da bei der Evaluation anspruchsvolle ökonomische und methodische Untersuchungen erforderlich sind.

Eine Schwäche der ex-post Evaluation ist es, dass konkrete Zahlen als Ziel von der Regierung vorher als Maßstab formuliert werden müssen (Heyer 2006, S. 471). Dabei ist die Gefahr groß, dass amtliche Statistiken manipuliert werden oder Politiker sich weigern, konkrete Erfolgskennzahlen festzulegen.

Praktisch zeigt die Evaluation schließlich, dass auch während der Untersuchung Zwischenergebnisse veröffentlicht werden und diese aktiv im politischen Prozess mitberücksichtigt werden. Dieses politische Lernen als positiver Nebeneffekt stärkt die Einbindung und Bedeutung der Ökonomen in die politische Gestaltung und hat Vorbildcharakter für alle anderen Politikbereiche (Eichhorst u. Wintermann 2006, S. 226).

Insgesamt kann gesagt werden, dass der Erfolg einer Regierung nicht durch die Anzahl der durchgesetzten Reformen gemessen werden kann. Sie muss einer kritischen und unabhängigen Kontrolle durch die Wissenschaft standhalten können (Zimmermann 2008, S. 107). Eine Ex-Post Evaluation ist eine bereits praktizierte Methodik, die diese gewährleisten kann und dabei auch relativ kostengünstig durchgeführt werden kann. Für die Hartz-Evaluation wurden 10,3 Mio. EUR vom Bundeshaushalt ausgegeben (Heyer 2006, S. 468).

4.3 Plenum der Ökonomen

Eine weitere institutionelle Erweiterung ist das Plenum der Ökonomen. Dieses Konzept soll insbesondere drei Kritikpunkten entgegen treten, die häufig auf Seiten der Politik geäußert werden. Wissenschaftler würden erstens keine politisch relevanten Themen bearbeiten; zweitens seien sie für eine kurzfristige Beratung unfähig und drittens wären die Handlungsempfehlungen nicht eindeutig und unverständlich (Wagner 2006, S. 19). Eine Beteiligung möglichst vieler VWL-Professoren am Plenum wird gefordert.

Das Plenum der Ökonomen ist eine elektronische Vollversammlung aller registrierten Volkswirte, die an einer Hochschule in Deutschland oder als deutsche Staatsbürger an einer ausländischen Hochschule lehren. Volkswirtschaftlich relevante Themen werden grundsätzlich öffentlich und mit offener Identität diskutiert. Anschließend folgt eine

Abstimmung über die Thematik, sodass das Meinungsbild der deutschen Professoren quantitativ abgebildet wird. Bislang sind 328 Professoren dem Plenum beigetreten (Lucke 2011). Beispielsweise haben im Februar 2011 zum Thema „Stellungnahme zur EU Schuldenkrise“ 209 Volkswirte abgestimmt. Zur Abstimmung stand die Forderung, dass die Bundesregierung für den Fall des Scheiterns des Europäischen Rettungsschirms vorzeitig einen detaillierten Insolvenzplan für die überschuldeten Euro-Mitgliedsstaaten ausarbeiten soll. Mit 190 Zustimmungen, 8 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen wurde ein deutliches Resultat abgegeben (Wagner 2011 S. 150).

Das Plenum hat nicht das Ziel die politisch richtige Reform zu empfehlen (Lucke 2011). Es besteht sogar die Gefahr, dass durch Abstimmungen Problematiken simplifiziert werden und ökonomisch komplexe Sachverhalte unzureichend dargestellt werden (Wagner 2011 S. 151). Viel wichtiger ist die Debatte selbst. Ein kontrovers diskutiertes Problem, in der das Stimmenergebnis ausgeglichen ausfällt, ist nicht negativ zu bewerten. Es ist sogar gewünscht, dass durch eine offene und transparente Diskussion alle relevanten Aspekte aufgedeckt werden, sodass die Politik alle wichtigen Aspekte in ihren Entscheidungen mitberücksichtigen kann. (Kirchgässner 2013, S.203).

Letztendlich ist es nicht die Aufgabe der Wissenschaftler eine Entscheidung zu treffen. Es gibt nur eine politisch gewünschte oder unerwünschte Entscheidung, die durch Forschung nicht geliefert werden kann und wofür der Wissenschaft die demokratische Legitimität fehlt (Wagner 2009, S. 444). Trotzdem kann durch die quantitative Stimmenabbildung zügig und verständlich eine Handlungsempfehlung geleistet werden..

4.4 Monitoring ausländischer Reformen

Durch die Globalisierung und ähnliche gesellschaftliche Probleme stehen viele Volkswirtschaften vor ähnlichen Problemen. In der akademischen Forschung wird das Phänomen ähnlicher Reformen in verschiedenen Ländern unter dem Begriff der „Policy Diffusion“ behandelt. Das Thema beschäftigt sich mit den Ursachen von vergleichbaren Gesetzen in unterschiedlichen Regionen oder Nationalstaaten (Thomas 2009, S. 80f); Policy Diffusion behandelt bislang jedoch nicht die Frage, ob politisches Lernen sinnvoll ist. Es sagt nur, dass diese in der Realität existieren.

Als vierte und letzte Idee wird vor diesem Hintergrund eine institutionelle Beobachtung ausländischer Reformen vorgeschlagen. Es soll auf nationaler Ebene eine Stabstelle aufgebaut werden, die ausländische Reformprozesse beobachtet und die Übertragbarkeit in Deutschland prüft. Durch dieses Konzept kann die Schwierigkeit von Ex-Ante Beratungen egalisiert werden.

Supranationale Organisationen wie die OECD (2004) oder nationale Forschungsinstituten führen bereits Monitoring Tätigkeiten durch. Die Bertelsmann-Stiftung zum Beispiel veröffentlicht im Halbjahrestakt eine Sammlung von erfolgreichen Reformen im Ausland. In Kooperation mit ausländischen Forschungsinstituten und Think Tanks werden erfolgreich durchgeführte Reformen gesammelt und in ihrer Implementierbarkeit in Deutschland diskutiert (Jobelius 2007, S. 2f; Thode, Esche, Gramke 2003, S. 6).

Durch Monitoring kann ex-ante eine praktisch erprobte Politik empfohlen werden. Außerdem können Kosten- und Zeitvorteile entstehen, da aufwändige Studien, die ex-ante den Erfolg einer möglichen Reform messen sollen, entfallen.

Aus spieltheoretischer Perspektive könnte ein Problem auftreten, da alle Nationalstaaten erst mögliche Reformen von anderen Volkswirtschaften abwarten könnten (Volden, Ting, Carpenter 2006, S. 15f). Dieses Trittbrettfahren ist einerseits unwahrscheinlich, da Politiker tendenziell den Drang haben, Reformen durchzuführen (Positive Theorie der Virginia School). Andererseits können durch Firstmover-Verhalten durchaus auch Vorteile entstehen: Wird innovativ eine gut funktionierende Reform im Inland eingeführt, würden andere Länder als Nachahmer dieselbe Reform implementieren. Dabei können Know-how oder Infrastrukturen exportiert und eine politische Vorreiterrolle erarbeitet werden. Potenziell kann dies außenpolitische Vorteile mit sich bringen (Dobbins, Simmons, Garrett 2007, S. 456).

5. Fazit/ Forschungsausblick

Der Beitrag spricht sich für eine stärkere Beachtung wissenschaftlicher Politikberatung für wirtschaftliche Probleme aus, da in dem aktuellen Gesetzgebungsprozess zu wenig Beachtung an die wissenschaftlichen Beiträge geschenkt werden. Die Arbeit zeigt aus institutionenökonomischer Sicht die Mängel der aktuellen wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland auf. Anschließend werden zur Behebung dieser Defizite vier mögliche institutionelle Ergänzungen vorgestellt, mit dem die Ökonomen stärker im politischen Entscheidungsprozess mitwirken. Alle vier Konzepte haben gemeinsam, dass sie bereits im Ausland oder im kleinen Umfang im Inland angewendet werden, jedoch sich in Deutschland noch nicht etabliert haben. Da sich die Konzepte auch praktisch bewährt haben, ist die Implementierung auch kurzfristig vorstellbar. Die Konzepte sind nicht substitutiv, sondern komplementär zu verstehen. Nur bei der Implementierung von allen institutionellen Ergänzungen können die Mängel der aktuellen Politikberatung behoben werden.

Die genaue Analyse der aktuellen Situation der Wirtschaftswissenschaftler hat ein tiefgreifendes Problem gezeigt. Die wirtschaftswissenschaftliche Forschung beschäftigt sich nicht mit politisch relevanten Themen. Das liegt unter anderem in der Bewertung der Wissenschaftler, die von Publikationen in namhaftem Journal abhängt. Damit Wissenschaft und Politik nicht auseinander gehen und die Forschung wirtschaftspolitisch relevante Fragen bearbeitet, ist ein neues Bewertungssystem wünschenswert, die politikberatende Tätigkeit mitberücksichtigt (Haucap u. Mödl 2013, S.370).

Im Rahmen dieser Arbeit konnten nicht alle relevanten Aspekte der aktuellen wirtschaftspolitischen Beratung behandelt werden. Als Forschungsausblick werden weitere Ansatzpunkte genannt:

In diesem Beitrag wurde die Politikberatung aus ökonomischer Sicht erörtert. Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit (in Kooperation mit der Politikwissenschaft, Sozialwissenschaften, Mathematik, Jura, Psychologie etc.) können weitere Einblicke zum Thema gewonnen werden (Priddat 2006, S.23f).

Die Diskussion in dieser Arbeit beschränkte sich zum größten Teil auf das Verhältnis zwischen Politiker und Wissenschaft. Nach Thomas (2009) sind weitere Akteure im politischen Gestaltungsprozess mit involviert. Als sechsten Akteur im politischen System sollte zum Thema Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse und die

Aufklärung der Öffentlichkeit die Rolle der Medien intensiver behandelt werden (Zimmermann 2008, S. 105).

Die Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses in Deutschland könnte ein weiterer Forschungsansatz sein (Geiger 2009, S. 434f). Der Prozess vom Antragseingang bis zum Gesetzesbeschluss könnte vertikal aufgespalten werden. Es könnte nachgedacht werden, wie sich die Wissenschaft in den einzelnen Phasen in das politische Geschehen wirkungsvoll beteiligen kann.

Letztendlich liegt es an der Politik selbst, wie die institutionelle Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland vorangebracht wird. Es ist wünschenswert, dass nach dem Vorbild der gesetzlichen Verankerung des SVR 1963 nach 50 Jahren ein weiterer Schritt zur Verbesserung der politischen Gestaltung vorangebracht wird.

Literatur

Bizer, Kilian, Gubaydullina, Zulia (2009), „Zur Zukunft der Volkswirtschaftslehre“, *Wirtschaftsdienst*, 89, S. 447-450.

Brenke, Karl, Müller, Kai-Uwe (2013), „Gesetzlicher Mindestlohn – Kein verteilungspolitisches Allheilmittel“, *Wochenbericht DIW Berlin* Nr. 39/ 2013.

Buchanan, James M. (1993), „How can constitution be designed so that politicians who seek to serve public interest“, *Constitutional Political Economy*, 4, S. 1-6.

Cassel, Susanne (2004), *Politikberatung und Politikerberatung*, 2. Auflage, Haupt-Verlag: Bern.

Cassel, Susanne (2005), „Institutionalisierte Politikberatung in den USA – Ein Vorbild für die wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland?“, in: Leschke M. und Pies I. (Hrsg.), *Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft*, Band 75, Lucius & Lucius: Stuttgart, 183-204.

Cassel, Susanne, Thomas, Tobias (2008), „Wissenschaftlich fundierte Politikkonzeptionen und deutsche Medien“, *ECONWATCH-Policy Brief*, 8.

Dobbins, Frank, Simmons, Beth, Garrett, Geoffrey (2007), „The Global Diffusion of Public Policies; Social Construction, Coercion, Competition, or Learning?“, *Annual Review of Sociology*, 33, S. 449-472.

Donges, Jürgen B. (2002), „Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung“, *Wirtschaft im Wandel*, Heft 9, S. 239-247.

Eichhorst, Werner, Wintermann, Ole (2006), „Wie kann wissenschaftliche Politikberatung zu besserer Politik beitragen?“, *Wirtschaftsdienst*, 86, S. 228-235.

Falk, Svenja, Römmele, Andrea, Schober, Henrik, Thunert, Martin (2010), „Vom strategischen Nutzen des Wissens für die Politikberatung“, *Politische Vierteljahresschrift*, 51, 119-125.

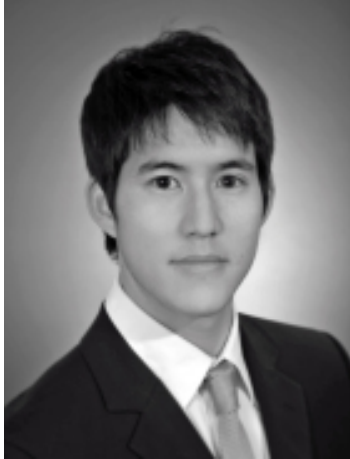
Frambach, Hans (2010), „Neue Institutionenökonomik – Einige Überlegungen zur Bedeutung, Funktionsweise und Entstehung von Institutionen“, in: Baumann, W., Braukmann, U., Matthes, W. (Hrsg.), *Innovation und Internationalisierung*, Springer: Berlin, S. 639-658.

Frey, Bruno S. (2000), „Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 1(1), S. 5-33.

- Fuest, Clemens (2006), „Die Stellung der Ordnungspolitik in der Ökonomik“, *Wirtschaftsdienst*, 86, S.11-14.
- Geiger, Andreas (2009), „Ökonomische Aspekte des Lobbying in der EU“, *Zeitschrift für Politikberatung*, 2, S. 427-446.
- Gutowski, Armin (1983), „Zur Theorie und Praxis der unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung“, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 9-24.
- Habermas, Jürgen (1964), „Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung“, Reich, R. (Hrsg.), *Humanität und politische Verantwortung*, Eugen Rentsch Verlag: Zürich, S. 54-73.
- Haucap, Justus., Mödl, Michael (2013), „Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 14 (3/4), S. 346-378.
- Heinze, G. Rolf (2009), „Staat und Lobbyismus: Vom Wandel der Politikberatung in Deutschland“, *Zeitschrift für Politikberatung*, 2, S. 5-25.
- Heyer, Gerd (2006), „Zielsetzung und Struktur der ‚Hartz Evaluation‘“, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, Nr. 3-4, S. 467-476.
- Jeske, Björn, Papenfuß, Ulf (2006), *Institutionen wissenschaftlicher Politikberatung im internationalen Vergleich*, Metropolis Verlag, Marburg.
- Jobelius, Sebastian (2007), „Von unseren Nachbarn lernen: Ein Monitor sozialer Demokratie“, *Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Abteilung Internationaler Dialog*, Berlin.
- Kirchgässner, Gebhard (1988), „Politik und Politikberatung aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie“, *Liberal*, Heft 2, S. 41-49.
- Kirchgässner, Gebhard (1996), „Ideologie und Information in der Politikberatung: Einige Bemerkungen und ein Fallbeispiel“, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, S. 9-41.
- Kirchgässner, Gebhard (2013), „Zur politischen Ökonomie der wirtschaftspolitischen Beratung“, *Wirtschaftsdienst*, 3, S.198-203.
- Krupp, Hans-Jürgen (2004), „Was kann die (National-)Ökonomie zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik beitragen“, *Wirtschaftsdienst*, 84, 84-90.
- Lucke, Bernd (2011), „Plenum der Ökonomen“, Hamburg, www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/, abgerufen am 29.06.2013.
- Lucke, Bernd (2006), „Ablösung der Ordnungspolitik durch mathematische Methoden?“, *Wirtschaftsdienst*, 86, S.7-10.
- Lutz, Burkart (2006), „Wirkungsforschung und Politikberatung“, in: Brinkmann, C., Koch, S., Mendius, H. G. (Hrsg.), *Wirkungsforschung und Politikberatung – Eine Gratwanderung?* BeitrAB 300, IAB: Bonn, S. 375-384.
- Media Tenor International (2011), „Wissenschaftler in den Medien kaum wahrnehmbar“, Zürich, <http://www.mediatenor.de/de/grafik-der-woche/medien/wissenschaftler-in-den-medien-kaum-wahrnehmbar>, abgerufen am 05.11.2013.
- North, Douglass, Cecil (1992), „Transaction Costs, Institutions, and Economic Performance“, *Occasional Papers*, 30.

- OECD (2004), „Benchmarking Innovation Policy and Innovation Framework Conditions“, www.oecd.org/site/worldforum/33705586.pdf, abgerufen am 03.07.2013.
- Olsen, Mancur (1965), *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Group*, Cambridge University Press: Cambridge.
- Opper, Sonja (2001), „Der Stand der Neuen Institutionenökonomik“, *Wirtschaftsdienst*, 81, S. 601-608.
- Otremba, Walther, Diekmann, Berend (2009), „Was erwartet die Politik von den Ökonomen?“, *Wirtschaftsdienst*, 89, S. 440-443.
- Papenfuß, Ulf, Thomas, Tobias (2007), „Eine Lanze für den Sachverständigenrat? Plädoyer für eine differenzierte Analyse wissenschaftlicher Beratungsinstitutionen“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 8 (4), S. 335-358.
- Pitlik, Hans (2001), „Politikberatung der Öffentlichkeit“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 2 (1), S. 61-73.
- Priddat, Birger P. (2003), „Die Lobby der Vernunft – Die Chancen wissenschaftlicher Politikberatung“, in: Leif T. und Speth R. (Hrsg.), *Die stille Macht: Lobbyismus in Deutschland*, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, S. 43-54.
- Priddat, Birger P. (2006), „Volkswirtschaft als Idealversagen des Marktes und der Theorien“, *Wirtschaftsdienst*, 86, S. 22-25.
- Rürup, Bert (2010), „Wissenschaftliche Politikberatung zwischen theoriegeleitete Strategieentwicklung und pragmatischen Entscheidungen“, *CAS eSeries* Nr. 2, München.
- Schäfer, Wolf (2009), „Ordnungsökonomik ist Institutionenökonomik“, *Wirtschaftsdienst*, 89, S. 431-439.
- Schultze, Charles L. (1996), „The CEA: An Inside Voice for Mainstream Economics“, *Journal of Economic Perspectives*, 3, S. 23-29.
- Senft, Gerhard (2003), „Aufstieg und Niedergang der Technokratie“ in: *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 40. Jg. 139. S. 3-19.
- Theurl, Theresia (2004), „Ökonomische Politikberatung: Erfolg durch Konkretisierung von Zielen, Aufgaben und Akteuren?“, in: Priddat, B. P., Theurl, T. (Hrsg.), *Risiken der Politikberatung*, Nomos: Baden-Baden, S. 7-19.
- Thode, Erik, Esche, Andreas, Gramke, Kai (2003), *Internationaler Reformmonitor*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Thomas, Tobias (2009), „Die Ökonomik politischer Reformen und die Rolle der Ökonomen – Plädoyer für eine ökonomische Analyse der Politikberatung durch Ökonomen“, in: Schäfer, W., Schneider, A., Thomas, T., Zimmermann, Klaus W. (Hrsg.), *Märkte und Politik - Einsichten aus Perspektive der Politischen Ökonomie*, Metropolis Verlag: Marburg, 77-96.
- Voigt, Stefan (2002), *Institutionenökonomik*, Fink (UTB): München.
- Volden, Craig, Ting, Michael M., Carpenter, Daniel P. (2006), „A Formal Model of Learning and Policy Diffusion“ *American Political Science Review*, 102, 3, S. 319-332.
- Wagner, Gert G. (2006), „Volkswirtschaftslehre und Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst*, 86, S. 19-22.

- Wagner, Gert G. (2009), „Gegenseitige Abhängigkeit von Ordnungspolitik und Mainstream-Ökonomie in der Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst*, 89, S. 444-447.
- Wagner, Gert G. (2011), „Effektive Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst*, 91, S.150-151.
- Weingart, Peter, Lentsch, Justus (2008), *Wissen – Beraten – Entscheiden. Form und Funktion wissenschaftlicher Politikberatung in Deutschland*, Velbrück: Weilerswist.
- Wiegard, Wolfgang (2005), „Politikberatung im internationalen Vergleich“, in: Schäfer, W. (Hrsg.), *Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge 304)*, Duncker & Humblot: Berlin, S. 83-92.
- Williamson, Oliver Eaton (1990), *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus, Unternehmen, Märkte, Kooperationen*, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck): Tübingen.
- Wintermann, Ole (2004), „Reformstau: Beratungsresistenz oder Versagen der Politikberatung? wirtschafts- und sozialpolitische Beratung im internationalen Vergleich“ in: Priddat, B. P., Theurl, T. (Hrsg.), *Risiken der Politikberatung*, Nomos: Baden-Baden, S. 7-19.
- Zimmermann, Klaus F. (2008), „Der Berater als Störenfried: wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung“, *Wirtschaftsdienst*, 88, S. 101-107.
- Zimmerman, Klaus F. (2010), „Forschungsbasierte Politikberatung – was sonst?“, *Wochenbericht DIW Berlin*, Nr. 15/ 2010.



Kou Watanabe, Jahrgang 1988, studiert an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt „wirtschaftspolitische Beratung“. Am DICE (Düsseldorf Institute for Competition Economics) forscht er aus wettbewerbsökonomischer Sicht über die institutionellen Rahmenbedingungen in der Politikberatung. Seine aktuelle Forschung konzentriert sich auf den Vergleich der Politikberatungslandschaft in Deutschland und Japan.

BISHER ERSCHIENEN

- 59 Watanabe, Kou, Optimale Rahmenbedingungen in der wirtschaftspolitischen Beratung: Vier Konzepte als institutionelle Ergänzung, Mai 2014.
- 58 Haucap, Justus, Normann, Hans-Theo, Benndorf, Volker und Pagel, Beatrice, Das Rundfunkbeitragsaufkommen nach der Reform des Rundfunkfinanzierungsmodells, Februar 2014.
- 57 Bataille, Marc und Hösel, Ulrike, Energiemarkteffizienz und das Quotenmodell der Monopolkommission, Februar 2014.
Erschienen in: Zeitschrift für neues Energierecht. (ZNER), 18 (2014), S. 40-44.
- 56 Haucap, Justus und Thomas, Tobias, Wissenschaftliche Politikberatung: Erreicht der Rat von Ökonomen Politik und Öffentlichkeit?, Januar 2014.
Erschienen in Wirtschaftsdienst, 94 (2014), S. 180-186.
- 55 Haucap, Justus und Pagel, Beatrice, Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende: Effizienter Netzausbau und effiziente Struktur der Netznutzungsentgelte, Januar 2014.
Erschienen in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 39 (2013), S. 235-254.
- 54 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Krankenkassen und Leistungserbringer als Wettbewerbsakteure, Januar 2014.
Erschienen in: D. Cassel, K. Jacobs, C. Vauth & J. Zerth (Hrsg.), Solidarische Wettbewerbsordnung, Verlag medhochzwei: Heidelberg 2014, S. 259-282.
- 53 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Kommunal- statt Missbrauchsaufsicht: Zur Aufsicht über Trinkwasserentgelte nach der 8. GWB-Novelle, Dezember 2013.
Erschienen in: Wirtschaft und Wettbewerb, 64 (2014), S. 356-363.
- 52 Böckers, Veit, Haucap, Justus und Jovanovic, Dragan, Diskriminierende Gebotsbeschränkungen im deutschen Großhandelsmarkt für Strom: Eine wettbewerbsökonomische Analyse, November 2013.
- 51 Haucap, Justus, Braucht Deutschland einen Kapazitätsmarkt für eine sichere Stromversorgung?, November 2013.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 62 (2013), S. 257-269.
- 50 Haucap, Justus und Kühling, Jürgen, Systemwettbewerb durch das Herkunftslandprinzip: Ein Beitrag zur Stärkung der Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit in der EU? – Eine ökonomische und rechtliche Analyse, September 2013.
Erschienen in: W. Kaal, M. Schmidt und A. Schwartze (Hrsg.), Festschrift zu Ehren von Christian Kirchner: Recht im ökonomischen Kontext, Mohr Siebeck: Tübingen 2014, S. 799-815.
- 49 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich, Klein, Gordon J., Rickert, Dennis und Wey, Christian, Die Bestimmung von Nachfragemacht im Lebensmitteleinzelhandel: Theoretische Grundlagen und empirischer Nachweis, September 2013.
Erscheint in: Wirtschaft und Wettbewerb.
- 48 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich, Klein, Gordon J., Rickert, Dennis und Wey, Christian, Wettbewerbsprobleme im Lebensmitteleinzelhandel, September 2013.
Erscheint in: P. Oberender (Hrsg.), Wettbewerbsprobleme im Lebensmitteleinzelhandel, Dunckler & Humblot: Berlin 2014.

- 47 Falck, Oliver, Haucap, Justus, Kühling, Jürgen und Mang, Constantin, Alles Regulierung oder was? – Die Bedeutung der Nachfrageseite für eine wachstumsorientierte Telekommunikationspolitik, August 2013. Erschienen in: ifo Schnelldienst, 66/15 (2013), S. 42-46.
- 46 Haucap, Justus und Mödl, Michael, Entwickeln sich wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Politikberatung auseinander? – Warum engagieren sich nicht mehr ökonomische Spitzenforscher in der Politikberatung?, Juli 2013. Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 93 (2013), S. 507-511.
- 45 Neyer, Ulrike und Vieten, Thomas, Die neue europäische Bankenaufsicht – eine kritische Würdigung, Juli 2013. Erscheint in: Credit and Capital Markets (früher: Kredit und Kapital).
- 44 Haucap, Justus und Kehder, Christiane, Suchmaschinen zwischen Wettbewerb und Monopol: Der Fall *Google*, Juni 2013. Erschienen in: R. Dewenter, J. Haucap & C. Kehder (Hrsg.), Wettbewerb und Regulierung in Medien, Politik und Märkten: Festschrift für Jörn Kruse zum 65. Geburtstag, Nomos-Verlag: Baden-Baden 2013, S. 115-154.
- 43 Dewenter, Ralf und Heimeshoff, Ulrich, Neustrukturierung der öffentlich-rechtlichen Fernsehlandschaft: Theoretische Hintergründe und Reformoptionen, Juni 2013. Erschienen in: R. Dewenter, J. Haucap & C. Kehder (Hrsg.), Wettbewerb und Regulierung in Medien, Politik und Märkten: Festschrift für Jörn Kruse zum 65. Geburtstag, Nomos-Verlag: Baden-Baden 2013, S. 225-260.
- 42 Coppik, Jürgen, Wirkungen einer Einführung des Konzeptes der vermeidbaren Kosten auf die Endverbraucher, Juni 2013. Erschienen in: Netzwirtschaften & Recht, 11 (2014), S. 20-30.
- 41 Haucap, Justus und Heimeshoff, Ulrich, Vor- und Nachteile alternativer Allokationsmechanismen für das 900- und 1800-MHz-Frequenzspektrum, März 2013. Erschienen in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 39 (2013), S. 71-90.
- 40 Haucap, Justus und Mödl, Michael, Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits, März 2013. Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 14 (2013), S. 346-378.
- 39 Böckers, Veit, Coenen, Michael und Haucap, Justus, Stellungnahme zu: Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten - Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nordrhein-Westfalen übernehmen, Februar 2013.
- 38 Herr, Annika (Hrsg.), Beiträge zum Wettbewerb im Krankenhaus- und Arzneimittelmarkt - Band 2: Arzneimittel, Januar 2013.
- 37 Herr, Annika (Hrsg.), Beiträge zum Wettbewerb im Krankenhaus- und Arzneimittelmarkt - Band 1: Krankenhäuser, Januar 2013.
- 36 Dewenter, Ralf und Haucap, Justus, Ökonomische Auswirkungen der Einführung eines Leistungsschutzrechts für Presseinhalte im Internet (Leistungsschutzrecht für Presseverleger), Januar 2013.
- 35 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Ökonomische Grundlagen der Anreizregulierung, November 2012. Erschienen in: Bernd Holznapel und Rainer Schütz (Hrsg.), AregV, Anreizregulierungsverordnung, Kommentar, Beck: München 2013, S. 48-67.

- 34 Coenen, Michael und Haucap, Justus, Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen (Mittelstandsförderungsgesetz), November 2012.
- 33 Haucap, Justus und Kühling, Jürgen, Zeit für eine grundlegende Reform der EEG-Förderung - das Quotenmodell, November 2012.
Erschienen in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 63/3 (2013), S. 41-49.
- 32 Haucap, Justus, Wie lange hält Googles Monopol?, November 2012.
Erschienen in: MedienWirtschaft: Zeitschrift für Medienmanagement und Kommunikationsökonomie, 9 (2012), S. 40-43.
- 31 Herr, Annika, Rationalisierung und Wettbewerb im Arzneimittelmarkt, Oktober 2012.
Erschienen in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 39 (2013), S. 163-181.
- 30 Smeets, Heinz-Dieter, Zum Stand der Staatsschuldenkrise in Europa, Oktober 2012.
Erschienen in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, 63 (2012), S.125-169.
- 29 Barth, Anne-Kathrin und Heimeshoff, Ulrich, Der angemessene Kostenmaßstab für Terminierungsentgelte - „Pure LRIC“ vs. „KeL“, September 2012.
Erscheint in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik.
- 28 Haucap, Justus, Eine ökonomische Analyse der Überwälzbarkeit der Kernbrennstoffsteuer, September 2012.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 61 (2012), S. 267-283.
- 27 Haucap, Justus, Lange, Mirjam R. J. und Wey, Christian, Nemo Omnibus Placet: Exzessive Regulierung und staatliche Willkür, Juli 2012.
Erschienen in: T. Theurl (Hrsg.), Akzeptanzprobleme der Marktwirtschaft: Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen, Duncker & Humblot: Berlin 2013, S. 145-167.
- 26 Bataille, Marc, Die Anwendung theoretischer Wettbewerbskonzepte auf den Busliniennahverkehr, Mai 2012.
Erschienen in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 38 (2012), S. 56-99.
- 25 Haucap, Justus, Tarifeinheit nicht durch Gesetz verankern, Mai 2012.
Erschienen in: Wirtschaftsdienst, 92 (2012), S. 299-303.
- 24 Böckers, Veit, Giessing, Leonie, Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Rösch, Jürgen, Braucht Deutschland einen Kapazitätsmarkt für Kraftwerke? Eine Analyse des deutschen Marktes für Stromerzeugung, Januar 2012.
Erschienen in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 81 (2012), S. 73-90.
- 23 Haucap, Justus und Heimeshoff, Ulrich, Sind Moscheen in Deutschland NIMBY-Güter?, Januar 2012.
Erschienen in: R. Schomaker, C. Müller, A. Knorr (Hrsg.), Migration und Integration als wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungsprobleme, Lucius & Lucius: Stuttgart 2012, S. 163-184.
- 22 Haucap, Justus und Klein, Gordon J., Einschränkungen der Preisgestaltung im Einzelhandel aus wettbewerbsökonomischer Perspektive, Januar 2012.
Erschienen in: D. Ahlert (Hrsg.), Vertikale Preis- und Markenpflege im Kreuzfeuer des Kartellrechts, Gabler Verlag: Wiesbaden 2012, S. 169-186.
- 21 Wey, Christian, Nachfragemacht im Handel, Dezember 2011.
Erschienen in: FIW (Hrsg.), Schwerpunkte des Kartellrechts 2009/2010: Referate des 37. und 38. FIW-Seminars, Carl Heymanns Verlag: Köln 2011, S. 149-160.
- 20 Smeets, Heinz-Dieter, Staatsschuldenkrise in Europa - Ist die Finanzierung der Schuldnerländer alternativlos?, November 2011.
Erschienen in: Dialog Handwerk, Nordrhein-Westfälischer Handwerkstag, 2 (2011).

- 19 Haucap, Justus, Steuern, Wettbewerb und Wettbewerbsneutralität, Oktober 2011.
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 13 (2012), S. 103-115.
- 18 Bräuninger, Michael, Haucap, Justus und Muck, Johannes, Was lesen und schätzen Ökonomen im Jahr 2011?, August 2011.
Erschienen in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 12 (2011), S. 339-371.
- 17 Coenen, Michael, Haucap, Justus, Herr, Annika und Kuchinke, Björn A., Wettbewerbspotenziale im deutschen Apothekenmarkt, Juli 2011.
Erschienen in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 62 (2011), S. 205-229.
- 16 Haucap, Justus und Wenzel, Tobias, Wettbewerb im Internet: Was ist online anders als offline?, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 200-211.
- 15 Gersdorf, Hubertus, Netzneutralität: Regulierungsbedarf?, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 187-199.
- 14 Kruse, Jörn, Ökonomische Grundlagen des Wettbewerbs im Internet, Juli 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 175-186.
- 13 Coenen, Michael, Haucap, Justus und Herr, Annika, Regionalität: Wettbewerbliche Überlegungen zum Krankenhausmarkt, Juni 2011.
Erschienen in: J. Klauber et al. (Hrsg.), Krankenhausreport 2012, Schattauer: Stuttgart 2012, S. 149-163.
- 12 Stühmeier, Torben, Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger: Eine ordnungspolitische Analyse, Juni 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 61 (2012), S. 82-102.
- 11 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Mehr Plan- als Marktwirtschaft in der energiepolitischen Strategie 2020 der Europäischen Kommission, April 2011.
Erschienen in: D. Joost, H. Oetker, M. Paschke (Hrsg.), Festschrift für Franz Jürgen Säcker zum 70. Geburtstag, Verlag C. H. Beck: München 2011, S. 721-736.
- 10 Göddeke, Anna, Haucap, Justus, Herr, Annika und Wey, Christian, Stabilität und Wandel von Arbeitsmarktinstitutionen aus wettbewerbsökonomischer Sicht, März 2011.
Erschienen in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 44 (2011), S. 143-154.
- 09 Haucap, Justus, Steuerharmonisierung oder Steuerwettbewerb in Europa?, Dezember 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 64 (2011), S. 25-28.
- 08 Haucap, Justus, Eingeschränkte Rationalität in der Wettbewerbsökonomie, Dezember 2010.
Erschienen in: H. Michael Piper (Hrsg.), Neues aus Wissenschaft und Lehre. Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2010, Düsseldorf University Press: Düsseldorf 2011, S. 495-507.
- 07 Bataille, Marc und Coenen, Michael, Zugangsentgelte zur Infrastruktur der Deutsche Bahn AG: Fluch oder Segen durch vertikale Separierung?, Dezember 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 370-388.
- 06 Normann, Hans-Theo, Experimentelle Ökonomik für die Wettbewerbspolitik, Dezember 2010.
Erschienen in: H. Michael Piper (Hrsg.), Neues aus Wissenschaft und Lehre. Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2010, Düsseldorf University Press: Düsseldorf 2011, S. 509-522.

- 05 Baake, Pio, Kuchinke, Björn A. und Wey, Christian, Wettbewerb und Wettbewerbsvorschriften im Gesundheitswesen, November 2010.
Erschienen in: Björn A. Kuchinke, Thorsten Sundmacher, Jürgen Zerth (Hrsg.), Wettbewerb und Gesundheitskapital, DIBOGS-Beiträge zur Gesundheitsökonomie und Sozialpolitik, Universitätsverlag Ilmenau: Ilmenau 2010, S. 10-22.
- 04 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Stühmeier, Torben, Wettbewerb im deutschen Mobilfunkmarkt, September 2010.
Erschienen in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 60 (2011), S. 240-267.
- 03 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Industriepolitische Konsequenzen der Wirtschaftskrise, September 2010.
Erschienen in: Theresia Theurl (Hrsg.), Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Band 329, Duncker & Humboldt: Berlin 2010, S. 57-84.
- 02 Haucap, Justus, Heimeshoff, Ulrich und Uhde, Andre, Zur Neuregulierung des Bankensektors nach der Finanzkrise: Bewertung der Reformvorhaben der EU aus ordnungspolitischer Sicht, September 2010.
Erschienen in: Albrecht Michler, Heinz-Dieter Smeets (Hrsg.), Die aktuelle Finanzkrise: Bestandsaufnahme und Lehren für die Zukunft, Lucius & Lucius: Stuttgart 2011, S. 185 -207.
- 01 Haucap, Justus und Coenen, Michael, Regulierung und Deregulierung in Telekommunikationsmärkten: Theorie und Praxis, September 2010.
Erschienen in: Stefan Bechtold, Joachim Jickeli, Mathias Rohe (Hrsg.), Recht, Ordnung und Wettbewerb: Festschrift zum 70. Geburtstag von Wernhard Möschel, Nomos Verlag: Baden-Baden 2011, S. 1005-1026.

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Düsseldorfer Institut für
Wettbewerbsökonomie (DICE)**

Universitätsstraße 1_ 40225 Düsseldorf
www.dice.hhu.de